
774/J XXII. GP

Eingelangt am 12.08.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Säumigkeit der Bundesregierung für Ratifizierung des Grenzgänger- und des Praktikantenabkommens mit der Tschechischen Republik

Im Regierungsprogramm vom 28. Februar 2003, das auch als Entschließungsantrag von den Regierungsfractionen am 6. März im Nationalrat verabschiedet wurde, heißt es unter Punkt 2, Europäische Union: „Ratifizierung der Grenzgänger- und Praktikantenabkommen mit Nachbarstaaten“. Das Abkommen mit der Tschechischen Republik wurde im August 2001 von Minister Bartenstein und seinem tschechischen Amtskollegen unterzeichnet.

Im Außenpolitischen Bericht 2001 wurde diese Unterzeichnung erwähnt, jedoch nicht die Tatsache, dass für das In-Kraft-Treten auch noch die Ratifizierung durch den Nationalrat nötig ist. In der letzten Legislaturperiode gab es zwar den Ministerratsbeschluss, jedoch fand nur eines der beiden Abkommen, nämlich das über die Beschäftigung in Grenzzonen, überhaupt den Weg auf die Tagesordnung des Außenpolitischen Ausschusses, wo es aber von ÖVP und FPÖ vertagt wurde.

Durch die Auflösung des Nationalrates und die Neuwahlen müssen die Abkommen erneut im Ministerrat beschlossen und dem Nationalrat zugeleitet werden. Ende März 2003 standen die beiden Abkommen auf der Tagesordnung des Ministerrates, wurden jedoch wieder davon abgesetzt. Bis heute liegt unter der Regierung Schüssel II kein Beschluß des Ministerrates vor, der Nationalrat konnte deshalb auch noch nicht ratifizieren.

Im ORF-Abendjournal vom 29. Juli erklärte ÖVP-Außenpolitik-Sprecher Michael Spindelegger hingegen, der Ministerrat habe die beiden Abkommen schon einstimmig beschlossen. FPÖ-Abgeordnete Helene Partik-Pablé meinte, sie sehe keinen Grund diese Abkommen zu ratifizieren.

Und dies, obwohl mittlerweile mit dem EU-Ratsbeschluß von Kopenhagen sowie mit dem Ermächtigungsgesetz sowohl auf EU- als auch auf österreichischer Ebene die Weichen für die Erweiterung am 1. Mai 2004 gestellt sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Grenzgebieten sind daher höchst an der Zeit. Die

Ratifizierung und das In-Kraft-Treten der genannten Abkommen wären eine derartige Maßnahme.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Stimmt es, dass das Praktikanten- und das Grenzgänger-Abkommen Ende März 2003 von der Tagesordnung des Ministerrates wieder abgesetzt wurde?
- 2) Wenn ja: Mit welcher Begründung und von wem wurden die Abkommen wieder von der Tagesordnung abgesetzt?
- 3) Im ORF-Abendjournal vom 29. Juli 2003 hat ÖVP-Außenpolitik-Sprecher Michael Spindelegger behauptet, der Ministerrat habe die beiden Abkommen schon beschlossen. Entspricht die Aussage des ÖVP-Abg. Spindelegger den Tatsachen?
- 4) Wenn ja, wann und unter welcher Regierung fand dieser Beschluss statt, und welche Ministerinnen und Minister waren anwesend bzw. stimmten bei dieser Beschlussfassung mit?
- 5) Warum wurde das Regierungsprogramm, in dem es eindeutig heißt „Ratifizierung der Grenzgänger- und Praktikantenabkommen mit Nachbarstaaten“ bis heute noch nicht erfüllt?
- 6) Wie begründen Sie diese Nicht-Erfüllung des Regierungsprogrammes, wo doch Wirtschaftsminister Bartenstein schon vor nunmehr zwei Jahren die beiden Abkommen gemeinsam mit seinem tschechischen Amtskollegen unterschrieben haben?
- 7) Wie erklären Sie der interessierten Öffentlichkeit, dass die Ratifizierung und damit das Inkrafttreten der Abkommen mehr als zwei Jahre verzögert worden ist?
- 8) Sehen Sie in der Verschleppung der Ratifizierung der Abkommen eine Behinderung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik?